

## Mittelmeerländer

HEINZ-JÜRGEN AXT

Das Mittelmeer als das "Mare Nostrum" Europas? – der Vision fehlt noch immer die Grundlage, jedenfalls soweit sie über die Perspektive einer "Zivilmacht" hinausgeht<sup>1</sup>. Wirtschaftlich bestehen freilich enge Bindungen zwischen der Gemeinschaft und den Mittelmeerländern. Mit fünfzehn Staaten hat die EG vertragliche Vereinbarungen getroffen<sup>2</sup>. Griechenland, Spanien und Portugal sind mittlerweile EG-Mitglieder geworden, die Türkei, Zypern und Malta haben die Mitgliedschaft beantragt.

*Türkei und EG: statt Beitrittsverhandlungen Stärkung der Assoziation*

Die Türkei – der EG seit dem 1. Dezember 1964 durch eine Assoziation verbunden – hatte am 14. April 1987 der Gemeinschaft einen Antrag auf Mitgliedschaft übermittelt<sup>3</sup>. Bei Griechenland stieß der türkische Antrag auf Ablehnung, andere EG-Staaten zeigten sich reserviert<sup>4</sup>. Am 20. Dezember 1989 gab die EG-Kommission ihre Stellungnahme ab. Zwar wurde die EG-Tür gegenüber Ankara nicht zugeschlagen, aber vor einer Erweiterung räumte die Kommission einer stabilen Weiterentwicklung der EG Vorrang ein<sup>5</sup>. Neue Beitrittsverhandlungen können daher allenfalls nach 1993 aufgenommen werden.

Gegen die unmittelbare Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sprach nach Auffassung der Kommission auch der Zustand der türkischen Wirtschaft: Die Beitritts- und Anpassungsprobleme könnten selbst auf mittlere Sicht von der Türkei nicht bewältigt werden. Der Entwicklungsabstand der Türkei gegenüber der EG sei noch immer groß, die Ökonomie noch sehr stark agrarwirtschaftlich bestimmt. Strukturelle Disparitäten, makroökonomische Ungleichgewichte, ein noch immer hoher Protektionismus zugunsten der heimischen Industrie und geringe soziale Leistungen kennzeichneten die Verhältnisse in der Türkei. Hohe Inflation und Arbeitslosigkeit kämen hinzu<sup>6</sup>. Die auf die Gemeinschaft zukommenden Haushaltslasten würden ein Vielfaches der aus der letzten Erweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal resultierenden Verpflichtungen mit sich bringen<sup>7</sup>. Politische Vorbehalte meldete die Kommission in drei Punkten an: Politischen Parteien und Gewerkschaften würden trotz erkennbarer Verbesserungen Freiheiten vorenthalten. Die Menschenrechtssituation und die Lage der Minderheiten sei durchaus noch nicht zufriedenstellend. Negative Effekte gingen von den Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der Türkei, aber auch von der Lage in Zypern aus.

Ohne die Eignung der Türkei für eine Mitgliedschaft in der EG prinzipiell in Frage zu stellen, schlug die Kommission vor, statt der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen die bestehende Assoziation zu reaktivieren und zu stärken. Am 5. Februar 1990 stimmte der EG-Außenministerrat der Kommissionsstellungnahme zum türkischen Beitrittsgesuch zu<sup>8</sup>. Entsprechend der Aufforderung des Rates und der türkischen Regierung<sup>9</sup> legte die Kommission am 12. Juni 1990 detaillierte Vorschläge zur Reaktivierung der Assoziation vor<sup>10</sup>. Bis 1995 soll danach die Zollunion verwirklicht werden: Die Türkei muß ihren Rückstand beim Zollabbau aufholen und die in den 80er Jahren eingeführten zollähnlichen Abgaben beseitigen. Zusammenarbeit und technische Hilfe sollen u. a. in der Währungspolitik, der Industrie, der Landwirtschaft, den Dienstleistungen, dem Tourismus, der Energie und der Umwelt gefördert werden. Das vierte Finanzprotokoll in Höhe von 600 Mio. ECU, das 1981 paraphiert, nach der Machtergreifung der Militärs in der Türkei aber ausgesetzt wurde, soll für die Türkei freigegeben werden. Dem widersetzt sich allerdings die griechische Regierung. Schließlich soll die politische Zusammenarbeit intensiviert werden. Der gegenwärtig auf der Ebene der politischen Direktoren stattfindende politische Dialog soll auf Minister- und Expertenebene ausgeweitet werden. Der Golf-Krieg hat die Türkei in mehrfacher Hinsicht belastet. Die Handelssanktionen gegen den Irak wirkten sich nachteilig aus, zählt doch der Irak zu den bedeutendsten Wirtschaftspartnern der Türkei, und wird rund die Hälfte der irakischen Ölproduktion im türkischen Mittelmeerhafen Yumurtalik verladen. Als Frontstaat war die Türkei unmittelbar in die kriegerischen Auseinandersetzungen und die nachfolgenden Flüchtlingsbewegungen einbezogen. Ankara hat sich als verlässlicher Bündnispartner erwiesen.

#### *Zypern: EG-Beitrittsantrag der geteilten Insel*

1972 hatten Zypern und die EG ein Assoziationsabkommen vereinbart. Die für die späten 70er Jahre vorgesehene Schaffung einer Zollunion zwischen Zypern und der EG mußte aufgrund der politischen Entwicklung auf der Insel wiederholt verschoben werden. Erst 1987 wurde ein Protokoll zur Zollunion unterzeichnet<sup>11</sup>. Probleme ergaben sich wegen der Teilung der Insel. Von EG-Seite wurden drei Prinzipien formuliert, die auch heute noch die Haltung der Gemeinschaft gegenüber dem neuen Beitrittskandidaten bestimmen: Erstens gilt die Regierung der "Republik Zypern" als die einzig legitime Vertretung Zyperns, der deshalb auch die Verwaltung der EG-Mittel obliegt<sup>12</sup>. Die Forderung nach Unabhängigkeit, Souveränität, territorialer Integrität und Einheit der Republik Zypern bestimmen die Haltung der EG. Zweitens muß die gesamte Inselbevölkerung, also auch der türkisch besetzte Nordteil der Insel, in den Genuß der von der EG gewährten Vorteile gelangen<sup>13</sup>. Drittens will die Gemeinschaft im Zypernkonflikt nicht die Rolle eines Vermittlers spielen, überläßt diese Aufgabe also der UN und ihrem Generalsekretär<sup>14</sup>.

Seit 1988 pflegt die Gemeinschaft einen regelmäßigen politischen Dialog mit Zypern<sup>15</sup>. Ende 1989 wurde das dritte Finanzprotokoll für die Jahre 1989 bis 1993

unterzeichnet, das Zypern 62 Mio. ECU in Form von Darlehen und Zuschüssen zur Verfügung stellt<sup>16</sup>. 1990 gab die EG deutlicher als sonst üblich Stellungnahmen zum Zypernkonflikt ab. Zunächst beklagten die Staats- und Regierungschefs auf der Sondertagung des Europäischen Rates am 28. April 1990 in Dublin, daß die Volksgruppengespräche auf Zypern blockiert seien. Die Gespräche müßten unter Vermittlung des UN-Generalsekretärs umgehend wieder aufgenommen werden<sup>17</sup>. Athen und Nikosia sahen sich durch diese Stellungnahme in der Ablehnung der nordzypriotischen These von der Existenz zweier getrennter Völker auf Zypern bestätigt<sup>18</sup>. Wenig später wiederholte der Europäische Rat im Juni 1990 wiederum in Dublin seinen Appell zur Lösung des Zypernkonflikts. Zum ersten Mal sprach der Rat auch die Türkei in einer Zypern-Stellungnahme direkt an: Der Rat verwies darauf, "daß das Zypernproblem die Beziehungen zwischen der EG und der Türkei beeinträchtigt..."<sup>19</sup>.

Hatte die griechische Regierung schon in der Zeit ihrer EG-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1988 die Regierung Zyperns zu einem Beitrittsantrag zur EG bewegen wollen<sup>20</sup>, so entschloß sich die Regierung Vasiliou zu diesem Schritt erst im Sommer 1990. Am 4. Juli wurde der Antrag im Namen der Gesamtinsel dem amtierenden Ratspräsidenten und italienischen Außenminister de Michelis überreicht<sup>21</sup>. Nicht anders als beim türkischen Beitrittsantrag reagierte die EG-Kommission kühl; Priorität hat gegenwärtig der Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union und die Vollendung des Binnenmarktes.

Während die Regierung Vasiliou darauf setzt, daß sich die Perspektiven für eine Lösung des Zypernkonflikts verbessern, wenn das Land der EG beitrifft, wendet sich die nordzyprische Seite unter Rauf Denktasch scharf gegen einen solchen Schritt, solange er nicht gemeinsam zwischen ihm und der Regierung in Nikosia vereinbart ist<sup>22</sup>. In einem Memorandum wurde verlangt, das Beitritts-gesuch erst zur Prüfung an die Kommission weiterzuleiten, wenn sich die Verantwortlichen beider Teile Zyperns auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt hätten. Der EG-Rat ließ sich von derartigen Argumenten allerdings nicht beeindrucken und übermittelte am 17. September 1990 den zypriotischen Antrag zur Prüfung an die Kommission<sup>23</sup>. Eine Stellungnahme der Kommission steht noch aus.

#### *Malta auf Europakurs*

1970 hatte Malta einen Assoziationsvertrag mit der EG vereinbart. Verhandlungen zum überfälligen Übergang zur zweiten Stufe der Assoziation, der Zollunion, wurden 1987 eingeleitet und Ende 1988 mit dem Ergebnis abgeschlossen, erst einmal die erste Stufe der Assoziation bis Ende 1990 zu verlängern<sup>24</sup>. Im Sommer 1990 wurde eine automatische alljährliche Verlängerungsklausel vereinbart<sup>25</sup>. Sechzehn Jahre lang hatte die Labour Party – erst unter dem wenig berechenbaren Dom Minthoff und dann unter dem konzilianteren Carmelo Mifsud Bonnici – regiert, bevor sie im Mai 1987 von der christdemokratischen Nationalistischen Partei in der Regierungsverantwortung abgelöst wurde. Der Westen war von der

regierenden Labour Party verunsichert worden: In der Verfassung wurde 1987 die Neutralität verankert. Gegenüber den USA und der UdSSR sollte eine Politik der Äquidistanz verfolgt werden. 1981 wurde ein Vertrag mit der Sowjetunion vereinbart. 1984 folgte ein Freundschaftsvertrag mit Libyen. Bei den KSZE-Verhandlungen hatte sich Malta oftmals isoliert. Wirtschaftspolitisch verfolgte die Labour Party planwirtschaftliche Tendenzen, erließ Importbeschränkungen, weitete den öffentlichen Sektor aus und verfügte Lohn- und Preisstops.

Die Wahlen von 1987 brachten die politische und ökonomische Wende. Die neue Regierung unter Fenech Adami förderte die Privatwirtschaft und setzte auf eine Annäherung an den Westen und die EG. Die Konservativen fühlten sich an den Freundschaftsvertrag mit Libyen und den Vertrag mit der Sowjetunion nicht länger gebunden<sup>26</sup>. Nachdem im März 1989 das dritte Finanzprotokoll mit der EG in Höhe von 38 Mio. ECU unterzeichnet worden war<sup>27</sup>, stellte Malta am 16. Juli 1990 seinen Antrag auf EG-Mitgliedschaft<sup>28</sup>. Wie bei der Türkei und Zypern war auch Malta bereits vor Antragstellung bedeutet worden, daß mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen nicht vor der Vollendung des Binnenmarktes zu rechnen sei<sup>29</sup>. Gemeinsam mit dem Antrag Zyperns hat der EG-Rat am 17. September 1990 den maltesischen Beitrittsantrag der Kommission zur Prüfung zugeleitet. Ökonomisch dürfte die Aufnahme Maltas mit seinen 330.000 Einwohnern der EG wenig Probleme bereiten. Politisch stellt sich das Problem der maltesischen Neutralität. Maltas Regierung freilich sieht auch hier keine Schwierigkeiten: Anders als bei Österreich sei die Neutralität nicht dauerhaft in der Verfassung verankert und als Partner in einer Politischen Union könne sich Malta durchaus an einem europäischen Verteidigungssystem beteiligen<sup>30</sup>. Es bleibt abzuwarten, ob die EG-Diskussion erneut zur politischen Polarisierung auf Malta beiträgt.

#### *Albanien zwischen Öffnung und Beharrung*

Albanien spielt im Kreis der sich wandelnden Gesellschaften Ost- und Südosteuropas eine Sonderrolle: Vorsichtigen Ansätzen zur Demokratisierung und wirtschaftlichen Reform stehen noch immer Repression und das Machtstreben einer spätstalinistischen Führungsgruppe entgegen. Großes Interesse hat Albaniens Führung in den vergangenen Jahren an den Nachbarn auf dem Balkan gezeigt. An der Balkankonferenz von 1988 hat sich Tirana aktiv beteiligt<sup>31</sup>. Am 24. und 25. Oktober 1990 fand die Außenministerkonferenz der Balkanländer sogar in der albanischen Hauptstadt statt<sup>32</sup>. Neue Partner sucht Albanien vor allem in Westeuropa. Mit der Bundesrepublik wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen, diese fehlen noch immer zu den USA. Die Beziehungen zur Sowjetunion wurden mit der Unterzeichnung eines Protokolls am 30. Juli 1990 normalisiert. Im April 1990 signalisierte die albanische Führung ihr Interesse, diplomatische Beziehungen zur EG aufzunehmen und Mitglied der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) zu werden<sup>33</sup>. Die seit 1975 verabschiedeten Dokumente sollten nachträglich unterzeichnet werden. An dem KSZE-Treffen in Paris am 19. und 20. November 1990 konnte Albanien allerdings wegen des

Widerstandes einiger Staaten lediglich als Beobachter teilnehmen. Bei etlichen europäischen Ländern waren die Eindrücke vom Juli 1990 offensichtlich noch nicht in Vergessenheit geraten, als die Massenflucht von Albanern in ihre Botschaften einsetzte, die gegen ausbleibende Reformen und nur zögerlich ausgestellte Reisepässe demonstriert hatten<sup>34</sup>.

Der engeren wirtschaftlichen Kooperation mit Westeuropa stehen alte Doktrinen entgegen: Die Verfassung von 1976 verbietet, ausländische Kredite aufzunehmen, und jahrelang durften die Albaner nur soviel importieren, wie sie exportierten. Das Kreditverbot wird heute pragmatisch gehandhabt<sup>35</sup>. 1990 erreichte die Demokratisierungswelle auch Albanien: Die Todesstrafe wurde eingeschränkt, Landesflucht galt nicht länger als Staatsverbrechen. Albanien Weg nach Europa ist dennoch weit.

## Anmerkungen

- 1 Zum Konzept der Zivilmacht vgl. Kohnstamm, Max/Hager, Wolfgang (Hrsg.): *Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner?*, Frankfurt/M. 1973, S. 233–264.
- 2 Es sind dies Griechenland (1961), Türkei (1963), Libanon (1968/1972), Marokko (1969), Tunesien (1969), Spanien (1970), Israel (1970), Jugoslawien (1970), Malta (1971), Portugal (1972), Ägypten (1972), Zypern (1973), Algerien (1976), Jordanien (1976) und Syrien (1976). Die Zahlen in Klammern geben jeweils das Datum des ersten Vertragsabschlusses an.
- 3 Der Assoziationsvertrag von Ankara v. 12.9.1963 sah bereits einen Beitritt der Türkei zur EG vor. Vgl. Präambel und Art. 28 des Assoziationsvertrags in: *Auswärtiges Amt (Hrsg.): Verträge der Bundesrepublik Deutschland, Serie A: Multilaterale Verträge, Band 22, Bonn-Köln-Berlin 1966, S. 172–211.*
- 4 Vgl. zur Position Griechenlands: Catsiapis, Jean: *L'attitude de la Grèce face à la demande d'adhésion de la Turquie aux Méditerranée orientale et le monde turco-iranien (Paris), (Juni 1989) 8, S. 109–116.*
- 5 Vgl. *Agence Europe, 2. 12. 1989, S. 7f.*
- 6 Mit Rücksicht auf ihre wenig wettbewerbsfähige Industrie hatte die Türkei die im Assoziierungsvertrag vorgesehene Zollunion stets hinausgezögert.
- 7 Ein Arbeitspapier der Kommission bezifferte die an die Türkei zu leistenden Netto-transfers auf den sechsfachen Wert der Griechenland und Portugal begünstigenden Transfers. Vgl. *Agence Europe, 2. 12. 1989, S. 8.*
- 8 Vgl. *VWD-Europa, 6. 2. 1990, S. 5; Agence Europe, 5./6. 2. 1990, S. 8; Süddeutsche Zeitung, 6. 2. 1990, S. 2.*
- 9 Die türkische Seite hatte nach Vorlage der Kommissionsstellungnahme eine Präzisierung verlangt, in welcher Weise die Assoziation belebt werden solle. Vgl. *Agence Europe, 8. 3. 1990, S. 5.*
- 10 Vgl. *Agence Europe, 6. 6. 1990, S. 8; 7. 6. 1990, S. 5f.; VWD-Europa, 7. 6. 1990, S. 4.*
- 11 Vgl. *Agence Europe, 4. 6. 1987, S. 11f.; VWD-Europa, 20. 2. 1987, S. 9.*
- 12 "Technische Kontakte" mit den Verantwortlichen Nordzyperns werden allerdings von der EG nicht ausgeschlossen.
- 13 Vgl. zu den entsprechenden Erklärungen des damals amtierenden Präsidenten des EG-Ministerrates, Uffe Ellemann-Jensen: *Agence Europe, 19./20. 10. 1987, S. 6; Die Welt, 9. 12. 1987, S. I.* Probleme ergeben sich beim Handel zwischen Nordzypern und der EG u. a. dadurch, daß die EG und mehrere Mitgliedstaaten nur Importe akzeptieren, die mit einem Gesundheits-Zertifikat der Republik Zypern versehen sind. Der Assoziationsrat hat sich bereits mit diesem Problem befaßt. Vgl. *Agence Europe, 7./8. 5. 1990, S. 9; 12. 5. 1990, S. 13.*

- 14 Vgl. zu den Erklärungen von Claude Cheysson: Agence Europe, 24./25. 5. 1988, S. 4; VWD-Europa, 25. 5. 1988, S. 4.
- 15 Vgl. Agence Europe, 25. 11. 1988, S. 6.
- 16 Vgl. Agence Europe, 7. 12. 1989, S. 9.
- 17 Vgl. die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates v. 28. 4. 1991 in Dublin, abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band.
- 18 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 4. 5. 1990, S. 2.
- 19 Vgl. die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates v. 25./26. 6. 1990 in Dublin, abgedruckt als Dok. Nr. 2 in diesem Band.
- 20 Vgl. Financial Times, 31. 3. 1989, S. 3; Neue Zürcher Zeitung, 29. 3. 1989, S. 5.
- 21 Vgl. Zypern-Nachrichten (Bonn), Nr. 5, August 1990, S. 1f.; VWD-Europa, 5. 6. 1990, S. 3; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. 6. 1990, S. 12; Agence Europe, 5. 6. 1990, S. 9; Neue Zürcher Zeitung, 7. 6. 1990, S. 4.
- 22 Zur Reaktion der Türkei vgl. Briefing, 16. 7. 1990, S. 5f. Aus Großbritannien und den Niederlanden waren kritische Stimmen zu vernehmen, die sich ebenfalls eine innerzypriotische Einigung vor der Abgabe des Beitrittsantrags gewünscht hätten. Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 7. 7. 1990, S. 4; 26. 9. 1990, S. 4.
- 23 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 26. 9. 1990, S. 4; Agence Europe, 19. 9. 1990, S. 9.
- 24 Vgl. VWD, 4. 6. 1987, S. 4; 22. 12. 1988, S. 14; Agence Europe, 22. 3. 1989, S. 9.
- 25 Vgl. VWD-Europa, 25. 6. 1990, S. 5.
- 26 Vgl. Die Welt, 15. 5. 1987, S. 1; Financial Times, 26. 6. 1987, S. 3.
- 27 Vgl. Agence Europe, 22. 3. 1989, S. 9.
- 28 Vgl. Le Monde, 18. 7. 1990, S. 5.
- 29 Dies hatte Staatsminister Helmut Schäfer vom Auswärtigen Amt bei seinem Besuch in Malta im Sommer 1988 hervorgehoben. Vgl. Die Welt, 12. 6. 1988, S. 5.
- 30 Vgl. Interview mit Maltas Botschafter Richard G. Lapira in: Europäische Zeitung, Dezember 1990, S. 14.
- 31 Vgl. als Dokumentation "Außenministerkonferenz der Balkanländer", Belgrad 24.–26. Februar 1988, in: Internationale Politik (Belgrad), 39 (5. 3. 1988) 908.
- 32 Vgl. Zanga, Louis: The Balkan Foreign Ministers Conference in Tirana, in: Radio Liberty/Radio Free Europe (Hrsg.): Report on Eastern Europe, 1 (7. 12. 1990) 49.
- 33 Vgl. Deutsche Welle Monitor-Dienst: Osteuropa, 9. 5. 1990, S. 23.
- 34 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 6. 7. 1990, S. 1; The Times, 10. 7. 1990, S. 14.
- 35 1989 wurde rund die Hälfte der bundesdeutschen Entwicklungshilfe für Albanien in Form von Krediten gewährt. Vgl. FAZ v. 12. 6. 1989, S. 10.

### Weiterführende Literatur

- Bonnici, Ugo Mifsud: Malta on the Threshold of the Community, in: *Studia Diplomatica* (Brüssel), 42 (1989) 3, S. 293–306.
- Evin, Ahmet O./Denton, Geoffrey (Hrsg.): *Turkey and the European Community*, Opladen 1990.
- Kramer, Heinz: *Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft*, Baden-Baden 1988.
- Körner, Heiko (Hrsg.): *Institutional aspects of economic integration of Turkey into the European community*, Hamburg 1990.
- Lafreniere, François/Mitchell, Robert: *Cyprus – visions for the future: a summary of conference and workshop proceedings. November 1988 to June 1989*, Ottawa 1990.
- Özertan, Nüşet S.: *Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts unter besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei*, Münster 1989.
- Ücuncü, Sadi: *Die liberale Wirtschaftspolitik in der Türkei 1980–1989. Chance für die EG-Mitgliedschaft und Integration in die Weltwirtschaft*, Pfaffenweiler 1990.